

Saale-Beitung.

werden die Spaltenzeit oder beim Mann mit 30 Pfg., solche auf Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Expedition, von unferen Nummernstellen und allen Anzeigen-Expeditionen angenommen.

Bezugspreis

für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei monatlicher Zustellung 2,75 M., durch die Post 3,25 M., auswärts Zustellungsgebühr. Befellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen.

Die Arbeiten des neuen Reichstages.

Wenn jemals die Aufgaben von vornherein feststehen, welche zu lösen ein neu zu wählender Reichstag berufen war, so diesmal. Wir haben gesehen schon an Hand der „Berl. Vol. Nachr.“ einiges darüber mitgeteilt. Weit allen Aufgaben voran steht die Prüfung der abzuschließenden Handelsverträge. Ob letztere sämtlich in derselben Session zur Vorlegung oder ob vielleicht der wünschige und schwererliche Beweis in erster Session der neuen Legislaturperiode und die anderen in der zweiten eingebracht werden können, darüber läßt sich selbstverständlich zur Zeit noch nichts sagen.

Nicht minder wichtig ist die zu erwartende neue Gesetzesvorlage. Da das Dünngesetz abläuft, muß es erneuert oder eine neue Form für die Feststellung der Friedenspräsenzstärke eines bestimmten Zeitraum beschloffen werden. Es ist damit zu rechnen, daß mit dieser Feststellung die unter Umständen, da die Neuwahlen allem Anschein nach einen starken Aufwind gebracht haben, zu einer Aufhebung des Reichstages führen können.

Die bald die Finanzreform an die Reihe der Aufgaben des Reichstages gelangen wird, steht noch dahin, da es in der Absicht zu liegen scheint, zunächst das Schicksal der Handelsverträge sicher zu stellen und eine Grundlage zu gewinnen für die Urteilsbildung darüber, welche Beiträge anämähder durch Beschließung neuer Einnahmequellen für das Reich aufzubringen sind. Möglicherweise wird es im Reichstag nicht an Stimmen fehlen, welche einen anderen modus procedendi empfehlen. Daß die verständigste Wiederholt befristete anderweitige Umgrenzung der Vollmachten der Reichsfinanzverwaltung so bald wie möglich aus dem Bereiche der Wünsche in die praktische Wirklichkeit übergeführt werden müßte, dieser Gesichtspunkt wird sich der neue Reichstag noch viel weniger verschließen, als es der gewesene ist. Die Novelle zum Budgetgesetz ist wiederholt angehängt; sie kommt mit aller Bestimmtheit.

Selbstverständlich wird der neue Reichstag mit der Fortführung der Sozialreform betraut werden. Nicht nur die Ausdehnung der Krankenversicherung in ihrer neuen Gestalt auf den Geltungsbereich der Seminarsordnung, auch noch andere Aufgaben harren ihrer Ausgestaltung. Insbesondere gehört hierbei auch die sicher in Aussicht stehende Beratung der kaufmännischen Arbeitsgerichte. Sehr wichtig wird dann die Reform des Strafprozesses sein. Es ist nicht zu erwarten, daß die bezügliche Vorlage dem Reichstage bereits in der ersten Session der neuen Legislaturperiode zugehen kann. Möglicherweise ist es aber in der zweiten zu erreichen.

Wie schwierig die Materie der Regelung der Staatsangehörigkeit liegt, die ebenfalls dem Reichstag in der kommenden Gesetzgebungsperiode beschäftigen wird, haben wir wiederholt dargelegt.

Auch die anderweitige Gestaltung des Militärpensionswesens wird sich nicht in Handumdrehen bewerkstelligen lassen. Doch ist es nötig, daß auf diesem Gebiete endlich energig vorgegangen wird. Wir sind es uns als Nation schuldig, ebensowenig wie die Kriegsinvaliden die Militärpensionäre noch länger warten zu lassen.

Deutsches Reich.

Sols u. Verordnungsdrucken.

— Prinzessin Luise von Toskana ist gestern mit ihrer Tochter bei Romanoshon von Lindau abgereist.

— Der „Nordb. Allg. Ztg.“ zufolge ist der Reichsanwalt Graf v. Wilt zu inolge gestrichen Anwaltschaft an das Amtener getreten. Er hat infolgedessen sein Wohnort nicht ausüben können.

— Der deutsche Gesandte Herr. Sped v. Sternburg stellte gestern, wie aus Washington gemeldet wird, den preussischen Finanzminister Herrn v. Meinhoben und einige Herren aus dessen Begleitung dem Präsidenten Roosevelt vor.

Neuen Handelsverträge durch Reichstagsbeschlüsse abgeändert werden?

In der „Münch. Handelsrevue“ war kürzlich angeführt worden, der neue Reichstag habe die Kompetenz in sich, verfassungsmäßig und rechtl. die Handelsverträge so zu gestalten, wie es ihm für Deutschland günstig erscheine. Dagegen bemerkt die „Kreuzztg.“, nach dem bestehenden Verfassungsrecht lie die Feststellung des Inhalts eines Vertrages, den das Deutsche Reich mit einem fremden Staat schließt, lediglich Sache des Kaisers. Der Reichstag habe nur, wenn ein Eingriff in ein bestehendes Gesetz in Frage kommt, zu entscheiden, ob er dem im Auftrag des Kaisers mit den anderen Staaten vereinbarten Vertrag im so vorgelegten Umgestaltung stellen oder verhängen soll. Mit der „Gesetzgebung“ der Handelsverträge habe er nichts zu tun. Der Reichstag, ihren Inhalt abzuändern, wäre nach dem Verfassungsrecht unzulässig.

Interessanter Gedanke ist die Beschäftigung der Handelsverträge nur infolge einer andere wie gewöhnlichen Gesetze, als jede Abänderung von Seiten des Reichstags nicht bloß der Zustimmung des Bundesrats, sondern auch desjenigen Staates bedarf, mit welchem der Handelsvertrag abgeschlossen ist. Der fremde Staat aber hat gar kein Interesse daran, seine Zustimmung zu verweigern, wenn ein der Reichstag die Maximalhöhe für Zölle in einem Vertragsabdruck herabsetzen sollte. Im Gegenteil, es ist vielmehr die deutschen Zölle herabsetzen, desto vorteilhafter sind für die Handelsverträge für den fremden Staat. Nur wenn einer der Reichstag die Zollhöhe in dem Vertragsabdruck

erhöhen wollte, würde das Zustandekommen eines neuen Handelsvertrages dadurch gefährdet erscheinen.

Politische.

— Die „Täg. Rundschau“ erhält von zuverlässiger Seite die Mitteilung, daß dem Justizminister Schönlank selbst die ihm neuerdings zugeflossenen Militärtrübsandgedanken fern liegen, daß aber ultramontane Kreise ein gewisses Interesse daran haben, diesen Trübsand mit Schönlank zu erwartenden Militärtrübsand bald vollziehen zu sehen, indem sein anderer als der Führer des Zentrums, Reichsgerichtsrat Dr. Spahn, der sich der besonderen Gunst des Reichstages erfreut, Aussicht haben sollte, den freiwählenden Stuhl einzunehmen. Tatsache ist jedenfalls, daß Dr. Spahn in letzter Zeit im Justizministerium einzeln und ausgegangen ist, zunächst um seinen Einfluß bei der Vorsehung höherer Verwaltungskreise für Gefinnungsgenossen geltend zu machen. — Der ultramontane Einfluß ist so heute ungewöhnlich sehr groß, daß aber Herr Dr. Spahn schon für das Justizministerium reif sei, vermögen wir nicht zu glauben.

— Ein oberbayerisches Zentrumblatt gerät außer sich bei dem Gedanken, daß die bayerische Ministerpräsidenten sich auf den Standpunkt stellen könnte, im Bundesrat so weit wie möglich der Politik der Weidmalmacht Breuchen sich anzuschließen. Bekanntlich hat Freiherr v. Bodowits einen davorigen, jedes „politische“ Ders mit Entsetzen erfüllenden Anspruch gar nicht getan. Aber „der kluge Mann baut vor“, und so bezieht er sich das oberbayerische Blatt das Münchener Ministerium folgendermaßen:

„Breuchen würde, wenn er dieses Zusammengehens Breuchen mit Bayern wollte, und für alle großen Fülle sicher wäre, es recht übermäßig werden und noch mehr, als es schon der Fall ist, anstreben. Bayern würde auf diese Weise und durch die Anwendung eines solchen Prinzips dem Einheitsstaate erst recht in den Sattel helfen. Bayern würde sich sogar des Blickes aller anderen deutschen Bundesstaaten und deren Vergewissern, so noch mehr, es würde sich sogar auch den Born des Auslandes ausfinden, weil so das Ausland das größte Interesse daran hat, daß das Deutsche Reich von heute kein Einheitsstaat werde.“

Unbefangener kann an die „politische“ Partei in Bayern, das Zentrum, nicht das Ansehen gestellt werden, als Agent des Auslandes zu wirken. Es geht nur noch, daß das Ausland unmittelbar zur Aufrechterhaltung des föderativen Charakters Deutschlands zu Hilfe gerufen wird. Im übrigen ist das Gerücht von einem Privatleben Dr. Spahn auf den Einheitsstaat ebenfalls Spinnweb wie die Fabel von einem Interesse des Auslandes daran, daß der Bundesstaat Deutsches Reich in einen Einheitsstaat verwandelt werde.

— Das Gerücht, der Kaiser Oberpräsident Graf Redlich-Trüblicher sei, zum Nachfolger des am Umte fahrenden Oberpräsidenten von Schleffen, des Herzogs von Preußen, anzuweisen ist, wie uns aus Kassel geschrieben wird, unbegründet. Graf Redlich bleibt auf seinem kaiserlichen Posten.

Wirtschaftspolitische.

— Die ständige Bundeskommission in Brüssel beriet gestern nachmittag über die Niederlegung von Bundesland und Handelsmark und beschloß, sich morgen mit der einschlägigen französischen Gesetzgebung zu beschäftigen. Die Kommission wird ihre Beschlüsse den Vertragsstaaten in einem Gesamtbericht durch Vermittlung der belgischen Regierung mitteilen. Die Bundeskommission entschied sich für den internationalen Handel betreffende Frage, ob die Prämie, welche von der Bundesregierung für Zucker gezahlt ist, der vor dem 1. September 1903 in Holland abzugeben wird, mit den Vorarbeiten des Artikels I der Brüsseler Zuckerkonvention in Widerspruch stehe, in verneinendem Sinne.

Kirche und Schule.

— Von der kürzlich erfolgten Schulerhebung in Trarbach wird berichtet, daß der Landratskommissar v. Bobbelet dem Hauptlehrer M. A. L. persönlich seine Anerkennung für hervorragende Leistungen ausgesprochen habe. — Sollte Herr v. Bobbelet wirklich einer dazugehörigen Anerkennung fähig gewesen sein?

Soziale.

— Zur Ausführung des Kinderzuschulgesetzes erteilt der Reichsanwalt die Frage, welche Bestimmungen betreffend die Beschäftigung eigener Kinder in gewerblichen Betrieben während der zwei ersten Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes gemacht werden sollen. Der Minister gibt folgende generelle Anweisung: Im Interesse des mit dem Gesetze verfolgten Zweckes ist grundsätzlich davon auszugehen, daß bei der Zulassung von Ausnahmen zugunsten derer, daß das im wirtschaftlichen Interesse der betroffenen Betriebe unbedingt Gebotenen kinnabgehangen wird. Diese Direktive wird in einzelnen wie folgt erläutert:

- 1. Ausnahmen für Beschäftigte, mit Motorbetrieb werden in der Regel nicht für Ausnahmen zu nehmen sein.
2. Ausnahmen für Werkstätten, in denen die Beschäftigung von Kindern nicht nach § 12 des Gesetzes verboten ist (§ 13 Abs. 1), werden in der Regel so zu begreifen sein, daß die Beschäftigung eigener Kinder in der Zeit zwischen 8 Uhr abends und 8 Uhr morgens ausgeschlossen bleibt, und daß eigene Kinder unter 8 Jahren nicht beschäftigt werden dürfen.
Im übrigen werden Ausnahmen von dem Verbot der Beschäftigung eigener Kinder unter 10 Jahren zunächst nur für solche Handindustrien in Aussicht zu nehmen sein, in welchen die Kinder mit besonders leichten und ihrem Alter angemessenen Arbeiten beschäftigt werden.
3. Bei Ausnahmen für Werkstätten, in denen zur Herstellung von Zigarren erforderliche Vorrichtungen oder das Sortieren von Zigarren vorgenommen werden, wird abzuweisen sein.

Die Berichte sollen bis zum 1. August d. J. einlaufen. Auch in Dreierkreisen rüffel man sich eifrig, an der Ausführung des Gesetzes mitzuarbeiten.

Ausland.

Der Umsturz in Serbien.

Die Depesche des Ministerpräsidenten von Ananowitsch, mit welcher er Peter Karageorgewitsch seine Absicht anzeigt, lautet: „Peter Karageorgewitsch, Genf. Soeben hat Sie die nationale Volksvertretung in gemeinsamer Sitzung zum König von Serbien gewählt. In dem die Regierung Serbiens Sie davon verhandelt, hat sie die Ehre, Ihnen Ihre bezüglichen Glückwünsche mit dem Wunsch zu unterbreiten, daß unter Patronat unter der Verwaltung des Grafen des rumänischen Karageorg, des ersten Vizekönigs Serbiens einer glücklichen, glänzenden Zukunft entgegengehe.“ — Die Depesche des Reichstages des Senates und der Stupichtina lautet: „Die nationale Volksvertretung des Königreichs Serbien hat die Einkünfte und mit Begüterung zum erblischen Thron zu erklären. Das anzeigt, daß Ananowitsch hat die Ehre, Ihnen seine wärmsten begeisterten Glückwünsche zu unterbreiten.“

Die Abordnung, die gestern nachmittag zu dem neugewählten König nach Genf abgehen sollte, dürfte erst übermorgen früh die Stelle antreten, gestern nachmittag reisten ein Abutant und zwei Lebensmangoffiere nach Genf ab.

Der König von Rumänien hat, wie die „Ansb. Nouv.“ meldet, vor einigen Tagen auf den Titel des Anobers des 6. kaiserlichen Infanterieregiments (des Wörderregiments) verzichtet.

Die ungarische Ministerrie.

Die bevorstehende Ministerrie, die eine Vernehmung des Königs bezweckt, hat den Anlaß zu der Ministerrie in Ungarn gegeben, über die wir schon berichteten. Ministerpräsident v. Szell wurde gestern beim Betreten des Abgeordnetensaal es mit minutenlangen rauschenden Beifallsausdrücken empfangen, nur von der äußersten Linken erhoben einzelne lässliche Zurufe. Schönes Gedächtnis! Unter großer Spannung des Saales sagt Ministerpräsident v. Szell: „Ich habe den prinzipiellen Standpunkt meiner Politik betreffend das Letzt der Diskussion an den Tag gelegten Widerstand gegen die Willkür vorlage wiederholt dargelegt. Ich habe hinzugefügt, daß diese Politik nur so lange befolgt werden kann, als hinsichtlich des Prinzips und der Methode derselben unter allen beteiligten Parteien vollständige Uebereinstimmung herrscht. Nachdem über die zu befolgende Methode nicht mehr vollkommene Uebereinstimmung in dem Maße vorhanden ist, als es zur Durchführung der Politik und zu ihrem Erfolge erforderlich ist, habe ich Sonntag die Demission überreicht, welche Seine Majestät angenommen geruhte. Ich erlaube das Haus, sich um Willkür des neuen Kabinetts die Sitzungen zu vertagen. (Stürmischer Beifall verht.)“

Bei Vernehmung der Ministerrie im Abgeordnetensaal erklärte Szell, er beziehe nicht das Recht der Krone, die Minister zu wählen. Wenn jedoch der künftige Ministerpräsident bezeugen sollte, während des „ex-lex-Standes“ das Recht anzunehmen und ohne Bewilligung des Reichstages Ministerien auszubilden, so werde seine Partei den Kampf bis zum Aeußersten führen. Ministerpräsident v. Szell verteilte die Krone gegen den Vorwurf Ungarns, daß die Ursache der Krise die Unfähigkeit sei, persönlich die Regime einzuführen, und beteuerte die verfassungsmäßige Geltung des Reichstages und ohne Bewilligung des Reichstages Ministerien auszubilden. Unter stürmischen Anrufen des Saales: „Es lebe der König“ drückte der Ministerpräsident die Hoffnung aus, daß die Eintracht zwischen dem König und der Nation nie getrübt werde. Franz Sautz erklärte als Führer der Unabhängigkeitspartei, daß er zugleich der Bewilligung der nationalen Abgabe und der Trennung für den angestammten König keinen Bedenken erheben (stürmischer Beifall auf allen Seiten des Saales). Ministerpräsident v. Szell beantragte die Vertagung des Saales bis zur Bildung des neuen Kabinetts. Der Antrag wurde angenommen und die Sitzung hierauf geschlossen.

Genf. Stefan Tzigu tritt morgen früh in Den-West ein, um dem ihm erteilten Auftrag zur Kabinettbildung zu entsprechen.

Ministerpräsident v. Szell hat seine politischen Freunde und Verehrer dringend erucht, von der Absicht, ihm einen ja-felzug zu dazubringen, abzusehen; er würde jede solche Kundgebung um so entschieden ablehnen müssen, als er in dieser Hinsicht Kompromittierung seiner politischen Individualität erblicken würde.

Frankreichs Expedition gegen Figa.

Eine Truppenabteilung in der Stärke von tausend Mann ist vorgezogen von Antibesfort abgegangen und hat nachdem die auf marokkanischem Gebiet gelegenen Plätze Jertenadergati, Chort-Tigat und Salatma erreicht; die Abteilung wird noch weiter westlich vorgehen und der Truppen (Gebiet) vorgehen und dann der Figa zurückzuführen um alle aus der Dale Figa vertriebenen Stämme angubulden und ihre Hüfder, die mit neuen Ausländern verbunden wäre zu verbinden.

Der in Beni Linn kommandierende Leutnant hat gestern in Besetzung einer kleinen Eskorte die Dale Figa besucht, wobei bisher kein europäer getötet worden war. Er wurde von der Bevölkerung aufgenommen und die Friedensbedingungen ihm ausgesetzt, und die Kriegsentladung ihm bezahlt worden.

Chamberlains Zollvereinspläne.

Im Oberhaus schloß der Herzog von Devonshire: Ich glaube, die besten Freunde des Freihandels sind unter denen zu finden, die bereit sind, einer eingehenden Unterredung zuzustimmen, nicht hinsichtlich der Grundzüge des Freihandels, die nur als zugehend betrachtet können, sondern hinsichtlich seiner Folgen und Ergebnisse. Ich glaube, daß Ergebnisse einer Unterredung, daß man werden, daß die Grundzüge des Freihandelspolitik geehrt werden. Hieran vertagte sich das Haus.

Frankreich.

Der Senat bewilligte die Aufnahme einer Anleihe von 65,000,000 Francs für öffentliche Arbeiten in Westafrika und nahm mit 135 gegen 127 Stimmen einen Kommissionsbericht an, nach dem die Verleugern soweit wie möglich der französischen Industrie überwiesen werden sollen.

Das Reichsgesetz in Nantes hat den Deputierten Vortier, der sich bei den Jurisconsulten und Anwalt der Durchführung des Reichsgesetzes beteiligt, an dem Dienste zur Aufrechterhaltung der Ordnung teilzunehmen, einstimmtig freigesprochen. (1)

China.

Im englischen Oberhause teilte der Minister des Aussenen Lord Salisbury Ausführliches über die in China von Europäischen geplanten Bahnlinien mit. Er erklärte auf eine Anfrage,

es sei wichtig, daß die Russen die Konzession zu einer von der chinesischen Regierung autorisierten Eisenbahn von Tsching-tung-fu (an der künftigen Bahnhofs-Station Beijing-Tankou) nach Tsching-tung, der Hauptstadt von Schan, erhalten haben. Von der englisch-chinesischen Korporation und dem deutschen Syndikat werde jetzt gemeinschaftlich mit China wegen Genehmigung einer Bahnkonzession von Tsching-tung nach Beijing verhandelt. Der Teil der Konzession, an dem das deutsche Syndikat interessiert ist, umfaßt den Bau einer Bahnhofsstation von Tsching-tung am Großen Kanal nach Tsching-tung-fu und von Tsching-tung in Verbindung nach Kailang-fu, der Hauptstadt von Honan; er arbeitet aber der englischen Gesellschaft nicht entgegen, sondern, wie die Regierung zu wissen glaube, im Einklang mit ihr. Ferner haben die englische Korporation und das deutsche Syndikat Bahnkonzessionen wirklich vom englischen Teil der Tsching-tung-Bahngesellschaft zu erlangen, was

die englische Regierung durchaus unterstütze. Die Regierung glaube auch zu wissen, daß das Syndikat der Beijing-Tankou-Bahn die Konzession zum Bau einer Bahn von Kailang nach Honan erlangt habe, doch betreffe die chinesische Regierung die Verlängerung der Linie nach Tsching-tung nicht zu haben. Die englische Regierung habe über das Verhalten Chinas bezüglich der Konzessionsverträge ebenfalls zu fragen und werde nachdrückliche Vorstellungen erheben.

Der amerikanische Handelsvertrag mit China beruht, außer noch das Öffnen von zwei mandchurischen Häfen betrifft, erledigt. Der Vertrag schafft die Missions- (Bible-Innen- und Außen-) Missionen ab, die durch China oder die Missionen gehen, angeschlossen in den chinesischen Provinzen, die in Vertrag unter amerikanischer Bevormundung liegen. Der Vertrag läßt einen Zusatz von 1 1/2 v. H. auf den Zinsfuß und von 1/2 v. H. auf den Ausfuhrzoll zu.

Ergebnisse der Reichstagswahl.

Nach den bisher bei uns eingelaufenen Meldungen verteilt sich die Zahl der für die einzelnen Kandidaten abgegebenen Stimmen wie folgt:

a) Stadt Halle.*					b) Saalkreis.						
Km 16. Juni 1898.					Km 16. Juni 1898.						
Stimmzahl	Stimmzahl	Stimmzahl	Stimmzahl	Stimmzahl	Stimmzahl	Stimmzahl	Stimmzahl	Stimmzahl	Stimmzahl		
1. Hoff. Eisler	121	68	274	141	60	15	281	1. Trebnitz	18	46	27
2. Central-Verein (Folianten)	160	81	269	203	121	37	194	2. Weichenlaub	39	95	95
3. Heib. v. Heim. (Mauerer)	107	106	215	151	120	13	171	3. Linien	3	26	1
4. Frau Wilhelmsh.	106	91	269	223	66	26	236	4. Wierena	9	21	28
5. Arbeiter-Verein (M. Arbeiter)	167	85	221	100	45	12	215	5. Weichenlaub	14	76	64
6. Volkshilfsverein (Volkshilf.)	176	189	123	161	76	15	259	6. Gultena	12	11	14
7. Hülfs-Verein (Volkshilf.)	213	148	229	244	153	22	306	7. Unterweilgen	9	51	55
8. Arbeiter-Verein (Mauerer)	180	76	328	167	36	1	339	8. Leutenowitz	8	19	48
9. Deutscher Verein (Glaubensver.)	150	74	293	139	35	1	342	9. Trebnitz v. G.	5	23	42
10. Cafe Victoria (Vereinsver.)	218	120	244	181	63	18	300	10. Köhnig v. G.	1	56	13
11. Hermanns (Vereinsver.)	155	111	396	209	100	26	257	11. Goltz	8	19	15
12. Arbeiter-Verein (Vereinsver.)	74	37	366	160	40	4	345	12. Goltz	4	16	6
13. Arbeiter-Verein (Vereinsver.)	97	82	364	123	26	2	425	13. Goltz	1	23	1
14. Arbeiter-Verein (Vereinsver.)	76	40	420	118	48	6	498	14. Goltz	2	56	14
15. Arbeiter-Verein (Vereinsver.)	165	71	366	135	63	6	418	15. Goltz	3	71	17
16. Arbeiter-Verein (Vereinsver.)	123	64	359	190	104	10	471	16. Goltz	4	28	10
17. Arbeiter-Verein (Vereinsver.)	271	147	365	234	128	13	357	17. Goltz	8	28	10
18. Arbeiter-Verein (Vereinsver.)	166	121	307	221	180	14	441	18. Goltz	5	27	12
19. Arbeiter-Verein (Vereinsver.)	184	87	358	203	94	22	180	19. Goltz	3	44	11
20. Arbeiter-Verein (Vereinsver.)	75	59	284	136	90	6	624	20. Goltz	5	27	12
21. Arbeiter-Verein (Vereinsver.)	86	45	370	298	172	25	289	21. Goltz	4	58	16
22. Arbeiter-Verein (Vereinsver.)	214	182	200	188	177	16	206	22. Goltz	1	33	1
23. Arbeiter-Verein (Vereinsver.)	198	169	135	194	171	12	157	23. Goltz	4	58	16
24. Arbeiter-Verein (Vereinsver.)	250	112	246	237	136	22	250	24. Goltz	1	37	3
25. Arbeiter-Verein (Vereinsver.)	228	133	153	200	195	23	155	25. Goltz	1	21	2
26. Arbeiter-Verein (Vereinsver.)	219	132	235	136	99	17	291	26. Goltz	2	40	4
27. Arbeiter-Verein (Vereinsver.)	197	172	124	190	274	22	284	27. Goltz	1	39	11
28. Arbeiter-Verein (Vereinsver.)	212	122	179	119	74	17	129	28. Goltz	3	48	29
29. Arbeiter-Verein (Vereinsver.)	194	146	190	153	117	18	281	29. Goltz	20	53	16
30. Arbeiter-Verein (Vereinsver.)	160	116	176	206	165	15	326	30. Goltz	6	13	63
31. Arbeiter-Verein (Vereinsver.)	175	156	200	123	149	12	205	31. Goltz	11	10	46
32. Arbeiter-Verein (Vereinsver.)	122	164	206	119	220	10	151	32. Goltz	11	23	41
33. Arbeiter-Verein (Vereinsver.)	154	172	169	124	162	9	152	33. Goltz	6	23	21
34. Arbeiter-Verein (Vereinsver.)	185	169	197	163	112	18	293	34. Goltz	14	21	68
35. Arbeiter-Verein (Vereinsver.)	123	118	213	75	279	18	1833	35. Goltz	7	25	12
36. Arbeiter-Verein (Vereinsver.)	188	159	215	206	165	15	326	36. Goltz	55	43	36
37. Arbeiter-Verein (Vereinsver.)	164	177	197	153	117	18	281	37. Goltz	17	42	24
38. Arbeiter-Verein (Vereinsver.)	127	97	205	127	97	205	127	38. Goltz	10	44	22
39. Arbeiter-Verein (Vereinsver.)	222	218	162	222	218	162	222	39. Goltz	10	44	22
40. Arbeiter-Verein (Vereinsver.)	163	139	255	163	139	255	163	40. Goltz	12	29	19
41. Arbeiter-Verein (Vereinsver.)	113	68	342	113	68	342	113	41. Goltz	8	24	6
42. Arbeiter-Verein (Vereinsver.)	185	225	257	185	225	257	185	42. Goltz	12	21	68
43. Arbeiter-Verein (Vereinsver.)	112	105	340	96	119	—	430	43. Goltz	32	14	83
44. Arbeiter-Verein (Vereinsver.)	58	38	479	58	38	479	58	44. Goltz	11	10	46
45. Arbeiter-Verein (Vereinsver.)	124	102	333	124	102	333	124	45. Goltz	55	16	58
46. Arbeiter-Verein (Vereinsver.)	86	48	383	86	48	383	86	46. Goltz	37	14	99
47. Arbeiter-Verein (Vereinsver.)	57	57	395	57	57	395	57	47. Goltz	29	81	93
48. Arbeiter-Verein (Vereinsver.)	125	67	459	125	67	459	125	48. Goltz	10	41	20
49. Arbeiter-Verein (Vereinsver.)	102	66	346	102	66	346	102	49. Goltz	4	25	6
50. Arbeiter-Verein (Vereinsver.)	7588	5426	18291	6412	4369	520	12815	50. Goltz	21	11	26

* Die dreimalige Zusammenziehung der städtischen Wahlbezirke entspricht nicht der vom Jahre 1898. Aus dem Vergleich der Listen der einzelnen Bezirke sind also bestimmte Schlussfolgerungen nicht zu ziehen.

